



Verbot von Plakaten: Weniger Bauchgefühl, mehr Konsistenz

***jevp Schweiz erneuert ihre Forderung nach einer staatlichen Ombudsstelle für Plakataushänge**

Die Diskussionen um die Minarettplakate sowie das Plakat der JUSO Schweiz zur Initiative gegen Kriegsmaterialexporte bringt eine alte Problematik ans Tageslicht: Werbeplakate können in der Schweiz zwar verboten werden, aber nur auf unbefriedigende Art und Weise. Einerseits können Stadtregierungen - teilweise auf das Bauchgefühl vertrauend - Plakate vom öffentlichen Grund verbannen. Dabei entscheidet jede Stadt wieder anders. Andererseits kann die privatwirtschaftlich organisierte und zahnlose Lauterkeitskommission Plakate im Nachhinein als gegen ihre Grundsätze verstossend bezeichnen. Daneben können potentiell weitere Akteure, wie z.B. die Rassismuskommission, mitreden.

Die *jevp Schweiz hat bereits vor einiger Zeit eine staatliche Ombudsstelle gefordert, die anstelle dieses unbefriedigenden Wirrwarrs Plakate vor deren Aushang beurteilen soll. Eine parlamentarische Initiative von Heiner Studer/AG, welche unter anderem die Schaffung einer staatlichen Ombudsstelle vorschlug, hat der Nationalrat letztes Jahr noch abgelehnt. Nach den jetzigen Erfahrungen könnte eine solche Forderung aber Aufwind bekommen. Sara Fritz, Co-Präsidentin der *jevp Schweiz: „Ein Verbot von Plakaten ist ein starker Eingriff in die Gewerbefreiheit und sollte dementsprechend sorgfältig, konsistent und auf klaren Grundlagen erfolgen. Das ist heute nicht der Fall.“

Unabhängig davon, ob in den vorliegenden Fällen ein Verbot gerechtfertigt ist oder nicht, gibt es laut Dominic Roser, Initiator der Petition „Freie Sicht“ der *jevp legitime Einschränkungen: „Zum Beispiel wenn ein Plakat auf klare Weise ein Geschlecht, Rasse oder Religion diskriminiert oder wenn ein Plakat im öffentlichen Raum die Bevölkerung ungefragt mit zu intimen oder zu gewalttätigen Bildern konfrontiert“.

Die *jevp Schweiz erneuert darum die Forderung nach einer staatlichen Ombudsstelle, die auf klaren Grundsätzen fusst und konsistent inakzeptablen Plakaten die Erlaubnis zum Aushang verweigert.

Birsfelden, den 10. November 2009, dr/sf

Für Auskünfte:

Fritz Sara, Co-Präsidentin *jevp: 079 814 61 69

Roser Dominic, Initiator Petition „Freie Sicht“ der *jevp: 078 807 01 93
